

VOLKSSTIMME

FÜR SOZIALISMUS UND DEMOKRATIE

EDEKA-COGNAC
Fine Champagne vieille 40% 1/1 Fl. 905.-
Fine Champagne 40% 1/4 Fl. 850.-

Verlag und Redaktion: Saarbrücken 3, Schützenstraße 3-5. Telefon 22151. Verlagsleiter: Gerhard Cartal, Chef-
redakteur Johann Pitz, Saarbrücken 3. Die „Volksstimme“ erscheint wöchentlich sechsmal. Postscheckkonto: 320 86.

Einzelverkaufspreis 15.- Franken. Monatlich 325.- Franken inklusiv Trägerlohn. Postbezug 325.- Franken
ausschließlich Zustellgebühr. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wahlauf Ruf der Sozialdemokratischen Partei Saar

Weg frei für soziale Gerechtigkeit

Die Sozialdemokratische Partei Saar stellt sich am 18. Dezember 1955 mit ihren Kandidaten zur Wahl des saarländischen Landtages. Sie hält sich nach wie vor hierzu gegenüber der Bevölkerung und ihren Wählern für verpflichtet. Ihre Aufgabe wird es sein, die Lebensinteressen der schaffenden Menschen, entsprechend ihren internationalen sozialistischen Grundsätzen, zu vertreten.

Unsere Saarpolitik

Die von der Bundesrepublik und Frankreich vorgeschlagene über-nationale Lösung der Saarfrage ist gescheitert. Die freie Entscheidung der Saarbevölkerung vom 23. Oktober ist selbstverständlich auch für die SPS verbindlich. Sie ist nach demokratischen Spielregeln gefallen und muß deshalb von der ganzen demokratischen Welt anerkannt werden.

Die SPS ist der Auffassung, daß durch neue Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich und dem Saarland eine andere Lösung gefunden werden muß. Es muß eine Lösung sein, die der völligen Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland und einer europäischen Gemeinschaftspolitik dient.

● Die SPS erkennt an, daß die mehrheitliche Willenskundgebung vom 23. Oktober 1955 eine Aenderung der bisherigen politischen Ordnung des Saarlandes nach sich ziehen muß, und sieht unter diesen Gesichtspunkten auch eine Aenderung der Verfassung als notwendig an. Sie wird sich in allen Fragen einer politischen Neuordnung nach der Haltung und Einstellung der Bundesrepublik ausrichten.

Die SPS kommt zu dieser Haltung, weil sie sich bewußt ist, daß die Weiterführung der Saargespräche zwischen Deutschland und Frankreich nur gesichert ist, wenn diese Gespräche nicht gestört werden durch Maßnahmen, die nicht im Interesse der Versöhnungspolitik der Bundesrepublik liegen.

Wir sind überzeugt, daß gerade die Bundesrepublik, in ihrer gesamtpolitischen Situation, darauf schon von sich aus den größten Wert legen wird.

Im kommenden Landtag wird die SPS getreu dem sozialistischen Grundsatz, den Menschen im Mittelpunkt von Politik und Wirtschaft zu werten, folgende Forderungen erheben:

Sozialpolitik

1. Erhaltung und Ausbau der bestehenden sozialen Errungenschaften.
2. Altersversorgung in der Sozialversicherung, wie sie den Beamten gewährt wird.
3. Erhaltung der Vollbeschäftigung.
4. Einführung der Vierzig-Stunden-Woche bzw. der Fünf-Tage-Woche bei gleichem Lohn.
5. Garantierter Jahresarbeitslohn.
6. Gesetzliche Regelung der Kriegssachschädenvergütung.
7. Erweitertes Mitbestimmungsrecht in Wirtschaft und Verwaltung, Tarifvertragsrecht im öffentlichen Dienst.
8. Weiterführung des sozialen Wohnungsbaues bis zur endgültigen Beseitigung der allgemeinen Wohnungsnot.
9. Verbesserung der bestehenden Urlaubsregelung und Feiertagsbezahlung.
10. Freie Arztwahl und Aufhebung der Arzneibeschränkungen.
11. Erhöhung der Zuteilung von Berechtigungskohlen und deren Verbilligung für jeden Haushalt.
12. Einbeziehung der selbständigen Handwerker, Kleingewerbetreibenden und der Landwirte in die Familienzulagekasse.

Wirtschaft

1. Vernünftige Anleihepolitik zur Verteilung der Wiederaufbaukosten auf mehrere Generationen und damit Minderung der Steuerlasten insbesondere für die wirtschaftlich schwächeren Schichten.
2. Sofortige forcierte Investitionen in der gesamten saarlän-

dischen Industrie und im Handwerk zum Angleich an den Modernisierungsstand der europäischen Wirtschaft und Vorbereitung zum Eingang in die deutsche.

3. Eröffnung von umfangreichen Kreditmöglichkeiten durch Deutschland und Frankreich für die Saarwirtschaft.
4. Aufhebung jeder Zoll- und Ausgleichsabgabe auf notwendige Investitionsgüter.
5. Sofortige Zollfreiheit für die Ausfuhr saarländischer Erzeugnisse in die Bundesrepublik.
6. Erweiterung der Einfuhr von notwendigen Investitions-, Verbrauchs- und Verbrauchsgütern. Die Lizenzvergebung hierfür muß ausschließlich in saarländischen Händen liegen.
7. Ueberführung der Banken, Versicherungen und des gesamten Kreditwesens, sowohl staatlicher wie auch privatwirtschaftlicher Art, in das Eigentum des Saarlandes bzw. von Saarländern.
8. Ueberführung der Saargruben einschließlich der gesamten Kohlevorkommen im Warndt in die uneingeschränkte Verfügungsgewalt des Saarlandes.
Aufhebung des Vertrages über den gemeinsamen Betrieb der Saargruben vom 20. Mai 1950.
Umwandlung des bisherigen Unternehmens Saarbergwerke als Körperschaft des öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft, wobei mindestens 50 Prozent der Aktien in den Händen des Saarlandes verbleiben sollen. Ausgegebene Aktien sind in bar zu zahlen. Das so zugeführte Kapital darf nur für Investitionen verbraucht werden.
9. Beseitigung der Mißverhältnisse der Investitionen zwischen den lothringischen und den saarländischen Gruben durch Gewährung zinsverbilligter Kredite mindestens unter den gleichen Bedingungen wie Marshallgelder.
10. Volle Mechanisierung des Abbaubetriebes.
11. Ausbau der Kohle-Veredelungsindustrie, insbesondere der chemischen Industrie, und der Grubenkraftwerkswirtschaft.
12. Kurzfristige Einstellung des Abbaues der Warndtkohle durch die lothringischen Grubengesellschaften.
13. Sofortige Inangriffnahme des Baues einer Großschachanlage im Warndt.
14. Verstärkter Einfluß in den Kohlen-Verkaufsgesellschaften.
15. Sofortige Besetzung aller Schlüsselpositionen bei den Saargruben durch Saarländer, insbesondere auf dem gesamten Einkaufs- und Auftragsvergebungsgebiet.
16. Aenderung des Allgemeinen Berggesetzes, insbesondere des § 148, und sofortiger Erlass des Gesetzes, daß unter Wohnsiedlungsgebieten nur Vollversatz angewendet werden darf.
17. Förderung der landwirtschaftlichen Produktions- und Maschinen-Gebrauchsgenossenschaften.
18. Ausreichende staatliche Hilfe bei Witterungsschäden.

Kulturpolitik

1. Freie und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für befähigte Jugendliche aller Volksschichten.
2. Erziehung der Jugend zu den Idealen des Friedens und der gegenseitigen Hilfe.
3. Körperliche Ertüchtigung durch Förderung eines gesunden, sportlichen Lebens.
4. Gegen Militarismus und Kriegspolitik.
5. Für Verständigung der Menschen aller Sprachen, Rassen und religiösen Ueberzeugungen.

Wählerinnen und Wähler!

Schenkt am 18. Dezember der Partei das Vertrauen, die sich seit Jahren erfolgreich im Kampf zur Wahrung Eurer Interessen bewährt hat. Wählt deshalb am 18. Dezember die Partei des schaffenden Volkes, die sich in Vertretung der berechtigten Interessen aller Werktätigen seit Jahren um eine gerechte Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse bemüht hat.

Die Regelung der Saarfrage liegt jetzt bei der Bundesrepublik. - Die Lösung Eurer sozialen Be-ange liegt nach wie vor bei den Sozialisten.

Merkt auf! Die Reaktion steht rechts! Stärkt die Linke und wählt die Liste der Sozialdemokratischen Partei Saar (SPS)